

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 M., monatlich 1,50 M.
 frei ins Haus, berechnungsbare Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monats-
 zahl 1,50 M. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 5.— M., für das übrige Ausland
 4,50 M. monatlich. Bestellungen
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 M.
 Postbestellungen nehmen an: Post-
 amt, Postfach, Buchhandlung, Schreiber
 und die Schweiz, Genesungen in die
 Volkzeitungs-Bücherei.
 Erscheint täglich.

Telegraphisch: K. 111
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1 die stündliche Spalte Kolonnen-
 weise 20 Pf. „Kleine Anzeigen“
 das stündliche Wort 20 Pf. (Au-
 ßerhalb 2 stündliche Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen
 und Stellenangelegenheiten das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Zeichnungsfachtag 20 Pf.
 Familien-Anzeigen 5 Pf. (Au-
 ßerhalb 2 stündliche Spalten).
 Politische u. gesellschaftliche Berichts-
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr mittags im Druck vorliegen,
 Berlin SW. 68. Uebernahme u. ab-
 gegeben werden. Bestellungen von 5 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Mittwoch, den 2. Januar 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Westplatz, Nr. 151 90—151 97. | | Fernsprecher: Amt Westplatz, Nr. 151 90—151 97.

Englisch-französische Sozialistenaktion in Petersburg.

Englische Arbeiterpartei und Bolschewik-Regierung.

Vertagung des Friedensschlusses? — Ein neues Stockholm?

Stockholm, 1. Januar. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.)
 Die englische Arbeiterpartei ließ dem hierigen bolschewistischen Aus-
 landsvorsteher, Worsowski, ein für die russische Regierung be-
 stimmtes Protesttelegramm gegen den Abschluß eines Sonder-
 friedens zugehen. Der Ueberrichter dieses Protestes fragte zugleich
 an, ob die russische Regierung bereit wäre, den Friedens-
 schluß so lange zu vertagen, bis eine internationale Sozial-
 listenkonferenz stattgefunden hätte.

Worsowski antwortete, die russische Regierung würde tatsächlich
 bis zur Entscheidung der internationalen Sozialistenkonferenz
 warten, falls die Ententeeregierungen zugleich mit der Paz-
 bewilligung die Gewissheit gäben, daß sie von der Sozialisten-
 konferenz keine Zerstörung der Friedensarbeit erwarteten, sondern
 zu einem allgemeinen Frieden gemäß den russischen Vor-
 schlägen bereit seien.

Die vorstehende Mitteilung, die auf Worsowski selbst zurück-
 geht, wird etwaigen Mißverständnissen vorbeugen. Die russische
 Regierung tritt entschieden für den allgemeinen Frieden ein,
 den sie lieber der Hand der sozialistischen Internationals anver-
 trauen würde, als jener der Regierungen, die würde aber auf keine
 internationale Sozialistenkonferenz eingehen, die zu einem Mittel
 der Kriegsverlängerung mißbraucht würde, und sie hofft,
 daß die Arbeiterschaft in allen Ländern auf ihre Regierungen einen
 entschiedenen Druck im Sinne des russischen Vorschlags ausüben
 werde.

Die Sozialisten bei Clemenceau.

Keine Reizepässe nach Petersburg!

Paris, 31. Dezember. (Quadrant.) Ministerpräsident
 Clemenceau hat im Beisein des Ministers des Auswärtigen
 Bichon eine Abordnung der Vereinigten Sozial-
 listen der Kammer, bestehend aus Albert Thomas, Hubert
 Rouger, Renaudel, Cachin und Jean Longuet empfan-
 gen, die um Reizepässe für Petersburg baten, wo sie
 den Abschluß eines Sonderfriedens zu verhindern
 oder wenigstens zu bewirken suchen wollten, daß er so unschäd-
 lich wie möglich ausfiele. Clemenceau erwiderte ihnen,
 bei aller Anerkennung ihrer Vaterlandsliebe könne er unter den
 verwirrten Verhältnissen in Petersburg keinen Erfolg von
 ihrem Schritte erwarten; vielmehr würde die Bewilligung von
 Pässen zu diesem Zweck ihrer Sendung einen solchen Anreiz
 geben, daß unerwünschte Wirkungen auf die öffentliche
 Meinung im Lande und an der Front eintreten würden. Ziel-
 sach würde man sagen, daß Frankreich an Vorbe-
 sprechungen über Friedenspräliminarien teil-
 nehmen. Dies sei aber mangels ernst zu nehmender Vorschläge der
 feindlichen Mächte ganz und gar nicht die Absicht. Cle-
 menceau hob schließlich hervor, daß er die Entscheidung, die ge-
 wünscht werde, nicht treffen könne, solange er keine Ver-
 bindung darüber mit den Alliierten erzielt habe, und daß er
 keinen Grund zu der Annahme habe, daß deren Ansichten sich
 seit der Stockholmer Konferenz geändert hätten.

Paris, 1. Januar. Die Kammer erörterte am 31. Dezember
 die Vorlage über die vorläufigen Haushaltsmittel, die vom Senat
 zurückgewiesen worden ist. Renaudel verlas im Namen der sozia-
 listischen Gruppe eine Erklärung, die besagt: Die Gruppe wird die
 Rechte für die Landesverteidigung annehmen, macht aber Vor-
 behalte hinsichtlich des diplomatischen Vorgehens, das den Not-
 wendigkeiten der gegenwärtigen schwierigen Stunden nicht gerecht
 wird. Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat schon oft
 die Ziele gewisser Teile dieses Vorgehens auseinandergesetzt, aber
 das Schweigen aller alliierten Regierungen
 über die allgemeinen Hauptgrundsätze scheint uns
 nach und nach einen Zustand moralischer Unterlegen-
 heit zu schaffen, der unsere Sache schädigt. In der Beize-
 rung Clemenceaus, der sozialistischen Abordnung Pässe
 für Petersburg zu erteilen, sagt die Erklärung, daß die So-
 zialisten die russischen Revolutionäre anfordern sollten, keinen
 Sonderfrieden zu schließen und nur auf einen allgemeinen Frieden
 auf der Grundlage des Rechtes der Völker und zur Schaffung der
 notwendigen Garantien und Sicherheiten hinzuarbeiten. Die
 Gruppe erklärt daß sie Gewicht darauf legt, über Verantwortlich-
 keit einander zu sein, bis zum nächsten Zeitpunkt, in dem sie von
 der Regierung die unerlässliche Festlegung ihrer diplomatischen
 Kriegsführung verlangen werde. Bichon erklärte, er habe seinen
 jüngsten Erklärungen, die die Zustimmung der großen Mehrheit der
 Kammer gefunden hätten, nichts hinzuzufügen. Er wolle
 nicht auf den tieferen Grund der von der sozialistischen

Weitere Erfolge bei Marcoing. — Zu- nehmende Artillerietätigkeit um Verdun. — Heftige Feuerkämpfe im Lomagebiet.

Großes Hauptquartier, den 1. Januar 1918. Westlicher Kriegsschauplatz.

Secrédgruppe Kraupitz Kuprecht.
 Im Gouthouster Walde und bei Badstüdenale war das
 Artilleriefeuer vorübergehend gesteigert. Ein starker eng-
 lischer Erleuchtungsvorstöß südlich von Mondin scheiterte.
 Südlich von Marcoing wurde in heftigen Kämpfen der
 Geländegewinn vom 30. 12. erweitert. Die Gefangenenzahl
 hat sich um einige Offiziere und 70 Mann erhöht.

Secrédgruppen Deutscher Kronprinz und
 Herzog Albrecht.

Nördlich von Probus und südlich von Oues, sowie
 nördlich und östlich von St. Mihiel war die Artillerietätigkeit
 zeitweilig lebhaft.

Westlicher Kriegsschauplatz

Nicht Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front.

Im Lomagebiet dauerten tagüber heftige Feuer-
 kämpfe an.

Der Erste Generalstabschefmeister,
 Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 1. 1. 1918 abends.
 Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. Januar. Amtlich wird verlautbart:
 Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Alasso und im Gebiet des Monte
 Lomba herrschte tagüber heftige Feuerstätigkeit.

Der Chef des Generalstabes,
 Gruppe aufgeworfenen Frage eingehen. Die Regierung handle
 in vollem Einvernehmen mit den Alliierten. Bei der Wieder-
 eröffnung des Parlamentes werde die Regierung der Kammer zur
 Beantwortung der Interpellation zur Verfügung stehen.

Der Waffenstillstand zur See.

Berlin, 1. Januar. Nach russischen Nachrichten sind der
 Konteradmiral Zelmij und drei Seeoffiziere zur Waffen-
 stillstandskommission für die Ostsee, Kapitän 1. Ranges
 Alchow und zwei Seeoffiziere zur Waffenstillstandskommission
 für das Schwarze Meer kommandiert. Diese Kom-
 missionen finden entsprechende deutsche Kom-
 missionen unter Führung des Konteradmirals Freiherrn
 v. Dalwitz für die Ostsee und des Vizeadmirals Sopman
 für das Schwarze Meer vor.

Neben diesen Kommissionen ist eine Sonderkommission,
 an deren Spitze Konteradmiral Freiherr v. Kerserling steht,
 nach St. Petersburg entsandt worden, um die Regelung der
 im Waffenstillstandsvertrage offen gebliebenen Fragen des
 Eismeeres, der Murmanküste und einiger weiterer
 Einzelheiten vorzunehmen. Diese Kommission hat ihre Arbeit
 in St. Petersburg bereits aufgenommen.

Italienische Stimmen zu Brest-Litowsk.

Bein, 31. Dezember. Erst am 29. Dezember hat, wie
 „Corriere della Sera“ bemerkt, die italienische Zensur die Ver-
 öffentlichung eines Auszuges der „Agenzia Stefani“ über die Ver-
 handlungen in Brest-Litowsk, der die wesentlichsten Punkte der
 gegenseitigen Friedensvorschläge zusammenfaßt, sowie Ver-
 sprechungen durch die Presse erlaubt. Die Haltung der Be-
 sprechungen durch die Presse erlaubt. Die Haltung der Be-
 sprechungen ist im allgemeinen schroff ablehnend und deutlich
 nach der Rede Bichons und der französischen und englischen Presse ab-
 gestimmt.

Ein Vorschlag für Brest-Litowsk.

Von Paul Göhre.

Noch ist kaum in den Verhandlungen von Brest-Litowsk.
 Was bisher erreicht wurde, ist aller Anerkennung wert. Aber
 es bleibt gefährdet durch das Wichtigere, was nach der Pause
 noch der Erledigung harret und heute noch hart umstritten ist.
 Zwar hat der offiziöse Bericht erklärt, daß auch darin die Ver-
 einigungen haben und drüben sich einander genähert hätten. Aber
 wer mit nüchternem Auge zusieht, vermag diesen Optimismus
 nicht zu teilen. Noch zeigt sich kein Ausweg zur Einigung.

Der „Vorwärts“ hat schon vor einigen Tagen das erste
 Problem, um das es sich handelt, mit knappsten Worten scharf
 umrissen:

„Die Russen verlangen Räumung der besetzten Gebiete durch
 die Truppen der Mittelmächte, wohl eigener Behörden auf Grund
 eines demokratischen Wahlrechts und unter deren Leitung eine
 Volksversammlung über die künftige staatliche Selbständigkeit oder
 Zugehörigkeit dieser bislang russischen Länder. Die Mittelmächte
 dagegen stellen sich auf den Standpunkt, daß bezüglich Polen,
 Litauens, Kurlands, Teilen von Livland und
 Estland bereits rechtskräftige Beschlüsse des Völkervollens vor-
 liegen, die auf die Loslösung von Rußland abzielen. Sie verlangen
 von Rußland Anerkennung dieser Beschlüsse vorbehaltlich eines
 späteren Volksrats, auf dreier Grundlage, das zwar nicht in
 Abwesenheit der Besatzungstruppen, aber frei von jedem militärischen
 Druck gefällt werden soll.“

Ruß soll eine Spezialkommission der Unter-
 händler eine Einigung vorbereiten. Ob es ihr gelingen wird,
 das ist jetzt die Frage und die Sorge. Vielleicht trägt der nach-
 folgende Vorschlag dazu bei, einen richtigen Weg zu finden.

Oberster Gesichtspunkt muß auch in dieser Situation
 bleiben, daß wir mit Rußland zu einem dauernden,
 durch keinerlei Unklarheiten, Unrech-
 tigkeiten und Mißverständnisse gefährdeten,
 freundschaftlichen Verhältnis kommen.
 Wir müssen für alle Zukunft heraus aus der Unflammerung,
 in die uns Englands Politik vor dem Kriege gebracht hat.
 Das aber ist nur möglich, wenn wir den bisherigen Feind
 Rußland und dauernd zum Freund machen, wozu dieser ja auch
 herzlich gern bereit zu sein scheint. Erst dann haben wir den
 Rücken frei und können uns mit aller Kraft nach Westen wen-
 den, um die Entente zur Vernunft und Friedenswilligkeit zu
 bringen. Erst dann ist die Zukunft Mitteleuropas gesichert.
 Erst dann kann Deutschland seine durch die weltwirtschaftliche
 Entwicklung ihm aufgeworfene geschichtliche Aufgabe lösen.
 Kontinentaleuropa vom Druck Englands endgültig zu be-
 freien. Infolgedessen muß unter allen Umständen Deutsch-
 land und Österreich-Ungarn heute Rußland gegenüber die-
 selbe Politik einschlagen, die Bismarck 1866 dem besiegten
 Österreich gegenüber trieb und deren absolute Richtigkeit die
 Geschichte seitdem erwiesen hat. Es darf auch nicht ein
 Schatten eines Mißtrauens das neue Verhältnis
 der Mittelmächte zu dem neuen Rußland trüben.

Diesem obersten Ziele ist auch das Schicksal von Polen,
 Litauen und Kurland, so wichtig es an sich sein mag,
 untergeordnet. Es darf kein Streit darüber zwischen uns
 und Rußland möglich sein. Das Rezept dagegen, absolut wirk-
 sam, ist der Vorschlag, den Rußland ihrerwegen gemacht hat
 und den wir in dem „Vorwärts“-Zitat ins Gedächtnis zu-
 rückrufen. Jene Provinzen sollen in einer allgemeinen und
 unbeeinflussten Abstimmung ihre politische Zu-
 kunft selbst entscheiden. Wollen sie zu Rußland zu-
 rückkehren — wir wollen es, um jenen anderen,
 höheren politischen Zielens willen, ohne Miß-
 behagen gesehen lassen. Wollen sie ganz selbstän-
 dig werden (was uns freilich ausgeschlossen erscheinen will) —
 auch gut. Werden sie ihre Anlehnung an die Mittelmächte
 finden — um so besser: wir werden uns dann ihnen als ehr-
 liche Freunde und Verbündeten zu erweisen haben. Aber
 ob so oder so, unbedingte Voraussetzung ist, daß sie sich in aller
 Freiheit nicht nur, sondern in aller Gemeinsamkeit, in der Ein-
 heit aller ihrer Landesbewohner, entscheiden können. Es wäre
 Selbstkündigung und Verkennung der politischen Zusammen-
 hänge, zu meinen, daß eine solche Entscheidung bereits ge-
 fallen sei. Die Wahrhaftigkeit gebietet zuzugestehen, daß die
 Russen recht haben, wenn sie sagen, daß die Erklärungen,
 die aus Kurland, Litauen und Polen bisher vorliegen,
 nicht das geringste mit einer derartigen Volksabstimmung zu
 tun haben. Sie sind vielmehr, wie in Kurland, nur Anbeu-
 rungen einer dünnen, bisher herrschenden Oberschicht, aber,
 wie in Litauen, Beschlüsse einer Körperschaft, die mehr oder
 weniger zufällig aus den Vertretern von allerlei recht bunten
 litauischen Organisationen sich gebildet hat.

Sollte die von den Russen vorgeschlagene Lösung — erst
 Räumung der besetzten Gebiete, dann Abstimmung — auf un-

überwundene Bedenken stoßen, so müssen andere Vorkehrungen getroffen werden, die es ermöglichen, daß die Aurländer, Litauer und Polen in aller Freiheit ihre Entschlüsse fassen. Ein solches Arrangement scheint uns nun folgendes zu sein. Deutschland bleibt zunächst noch in jenen Provinzen. Die russische Regierung aber entsendet Delegierte in die hauptsächlichsten deutschen Verwaltungsbehörden, innerhalb deren sie bestimmte, genau abzugrenzende Aufgaben zugewiesen erhalten könnten. Diese so durch russische Delegierte verstärkten deutschen Behörden bauen nun entweder zunächst den einheimischen Verwaltungsapparat aus, der dann seinerseits die allgemeine Abstimmung vornimmt, oder sie selber, Hand in Hand mit eingeseffenen Vertrauensleuten, leiten eine solche in die Wege. Der letztere Weg wäre der kürzere, und brauchte demnach nicht zu irgendwelcher künstlichen Stimmungsmache unter der Bevölkerung führen. Noch eine andere Möglichkeit wäre die, daß unter unparteiischer Leitung der durch russische Delegierte und eingeseffene Vertrauensleute verstärkten deutschen Behörden allgemeine Wahlen stattfinden, und daß aus diesen hervorgegangene Parlamente dann die Entscheidung über die politische Zugehörigkeit dieser Länder träge. Was von alledem oder neben den gemachten Einzelvorschlägen noch sonst etwa das Nichtigste und Praktischste wäre, das zu entscheiden ist uns nicht die Hauptsache, das überlassen wir den Praktikern an Ort und Stelle. Uns kam es darauf an, in der vorübergehenden Vereinnahmung russischer Delegierter in die bisher rein deutschen Verwaltungsorganen der besetzten Provinzen einen Weg zu zeigen, der vielleicht, so oder so noch modifiziert, geeignet ist, aus den augenblicklich noch fast unüberbrückbar scheinenden Schwierigkeiten herauszuführen.

Nachschrift der Redaktion. Wir veröffentlichen den vorstehenden Aufsatz des Genossen Wöhre als Beitrag zur Diskussion einer Frage, die alle Genossen in der Partei lebhaft bewegt und mit der sich jedenfalls auch die Reichstagsfraktion in ihrer Sitzung vom 3. Januar befaßt wird. Ueber den Grundgedanken, daß wir zu einem dauernden Frieden mit Rußland gelangen müssen und daß diesem Ziel gegenüber alles andere als nebensächlich erscheint, ferner daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete die vollste Freiheit ihrer Entschlüsse gewahrt bleiben muß, gibt es in der Partei sicher keine Meinungsverschiedenheit.

Das Problem erscheint in neuem Licht, wenn man in Erwägung zieht, daß bei dem bevorstehenden Volksvotum keineswegs zugleich schon über künftige „Anschauungen“ entschieden werden muß. Zunächst handelt es sich doch um die Prinzipienfrage, ob jene Völker bei Rußland bleiben oder sich von ihm lösen wollen. Es folgt die Lösung, so gewinnen sie damit die Freiheit, nach beiden Seiten hin Verträge zu schließen, wobei zu beachten ist, daß Verträge zweifelhafte Geschäfte sind, ihr Zustandekommen also von der Zustimmung beider Teile abhängt. Die Sache liegt doch nicht so, daß wir einfach jeden Vertrag zu schließen haben, den ein staatsrechtliches Reugebilde mit uns abzuschließen beabsichtigt, sondern es steht bei uns zu prüfen, ob das angestrebte engere Vertragsverhältnis den noch vorhandenen deutschen Interessen entspricht. Dabei hat selbstverständlich der Reichstag mitzusprechen.

Es würde sich dabei nicht nur um das Verhältnis der neu-zuschaffenden Gebilde zu Deutschland, sondern auch um ihr gegenwärtiges Verhältnis zueinander (Litauen — Surland — Polen) sowie um das Verhältnis eines Teils von ihnen (Polen?) zu Oesterreich-Ungarn, schließlich auch um unser eigenes zukünftiges Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn handeln. Im Hintergrund von alledem steht die ungeheuer wichtige Frage unseres dauernden Verhältnisses zu Rußland. Ueber diesen ganzen Fragekomplex herrscht keineswegs volle Klarheit und Uebereinstimmung.

Wir dürfen daran erinnern, daß die sog. „außeropolinische Lösung“ in der deutschen Presse von rechts bis links einmütig abgelehnt und daß sie nicht weniger scharf als vom „Vorwärts“ auch

von der „Kreuzzeitung“ kritisiert wurde, die am 8. November v. J. schrieb, wenn diese Lösung zustande komme, werde man in London flagen. Wir dürfen weiter daran erinnern, daß diese Lösung im österreichischen Reichsrat auf entschiedenen Widerspruch stieß und daß sie vor nicht allzu langer Zeit auch von maßgebender deutscher Seite als höchst bedenklich bezeichnet wurde, worüber vielleicht im Hauptauschuß noch mehr zu sagen sein wird. Die Oeffentlichkeit hat also jedenfalls ein Recht, Aufklärung darüber zu verlangen, ob auf diese „außeropolinische Lösung“ gesteuert wird, wenn nicht, inwiefern sich die angestrebte Lösung von jener unterscheidet. Auf keinen Fall steht die Sache so, daß die Diplomaten der Mittelmächte nur noch der Zustimmung Rußlands bedürfen, um ihre nicht ganz klaren Pläne zur Durchführung zu bringen. Sie bedürfen dazu auch der Unterstützung der öffentlichen Meinung im eigenen Lande und der Zustimmung der Volksvertretungen, die sich nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen wollen. — worauf Ihnen gar nichts anderes übrig bleibt, als Ja und Amen zu sagen.

Die vom sozialdemokratischen Fraktionsvorstand gestellte Forderung nach rascher Einberufung des Reichstags bedarf danach keiner weiteren Begründung.

Lansing nimmt keine Notiz.

Amsterd., 1. Januar. Der „Times“ wird aus Washington gemeldet: Staatssekretär Lansing teilte, wie bereits kurz berichtet, auf einer Konferenz von Journalisten mit, daß er keinen Kommentar zu den Erklärungen Czernins in West-Bitowl zu geben brauche. Offiziell werde wahrscheinlich keine Notiz von diesen Erklärungen genommen werden. Amerika habe alle Hände voll zu tun für die Festsetzung der Kriegswahrgeldern, um sich für diese weitreichenden Friedensvorschläge zu interessieren. Amerika beabsichtige, keine Friedensunterhandlungen anzuknüpfen, ehe Deutschland Vergütigungen zusichere und Bürgschaft gegen eine Wiederholung des Krieges gebe.

England anderer Meinung.

London, 1. Januar. (Reuter.) Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Chronicle“ meldet: In Regierungskreisen wird anerkannt, daß die Vorschläge des West-Bitowl eine schwerwiegende neue Tatsache darstellen, von der amtlich Kenntnis genommen werden müsse. Selbst mit den Einschränkungen des Grafen Czernin sei die Annahme der russischen Formeln ein Anzeichen einer neuen Lage. Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Italien tauschten bereits ihre Ansichten aus.

(Die Meldung entspricht der schon gestern von uns wiedergegebenen und besprochenen Mitteilung des „Manchester Guardian“, Red. N. „Konkret“.)

London, 31. Dezember. (Reuter.) Auf Anfrage im Hause des Premierministers erzählt Reuter, daß dort nichts bekannt ist von der vom „Manchester Guardian“ gemeldeten angeblichen Absicht Lloyd Georges, nach Frankreich zu reisen, um sich mit Clemenceau über die österreichisch-deutschen Friedensbedingungen zu besprechen.

Die Weihnachts-Konferenz der französischen Gewerkschaften.

IK. Am 22. und 23. Dezember 1917 tagte in Clermont-Ferrand die Jahreskonferenz der französischen Gewerkschaften. Es erschienen 140 Delegierte, die 50 Arbeitsbüros, 47 Gewerkschaften und 88 Verbände vertraten. Als brüderliche Delegierte waren anwesend: W. Appleton (Allgemeiner Verband der britischen Gewerkschaften), Volkacri (Belgische Gewerkschaften) und ein französischer Arbeitervertreter. Jouhaux eröffnete die Konferenz und brachte eine Tagesordnung zur Vorlesung, deren Inhalt von der „Bainville“ nicht wiedergegeben wird. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte sprachen mehrere Delegierte über die Not-

wendigkeit der Einberufung eines allgemeinen Kongresses. Die Konferenz nahm eine Entschlüsselung an, die den Vorstand beauftragt, eine Urabstimmung darüber vorzunehmen zu lassen, ob ein solcher Kongress einberufen werden sollte.

Inzwischen war auch der schweizerische Delegierte Kujer erschienen. Er überbrachte die Grüße des schweizerischen Proletariats und führte sodann aus: „Ich gebe dem Wunsch Ausdruck, daß die Uebertragung des Internationalen Gewerkschaftlichen Bureaus von Berlin nach der Schweiz bald geschehen möge. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der vor dem Kriege 80 000 Mitglieder zählte, hat jetzt 120 000; es sind hauptsächlich die Eisenbahner, denen diese Zunahme zu verdanken ist. Zum Schluß möchte ich noch das Bedauern darüber aussprechen, daß es den Franzosen und Italienern nicht möglich war, eine Vertretung zur Berner Konferenz vom 1. Oktober 1917 zu schicken.“

Jouhaux verlas sodann das Begrüßungsschreiben, das die holländischen Organisationen an die französischen Gewerkschaften gerichtet hatten.

Die Internationale und der Frieden.

Jouhaux berichtete über die wiederholte Verweigerung der Reisepässe und erklärte, daß die Franzosen nur aus diesem Grunde nach Stockholm und nach Bern nicht reisen konnten; er halte eine internationale Arbeiterkonferenz für unbedingt notwendig; das französische Proletariat sei entschlossen, der Arbeiterwelt diejenigen Friedensbedingungen vorzuschlagen, die Frankreich retten und der Menschheit eine befriedigende Entwicklung zusichern könnten.

Clavazie erklärte, daß er zu denjenigen gehöre, die Deutschland als ein Mitglied des Bundes der Nationen sehen möchten, aber daß deutsche Volk müsse die nötigen Garantien geben, die dessen gegenwärtige Regierung nicht gewähren könne. Rougerie verteidigt sich gegen den Vorwurf des Pazifismus: Die wirklichen Flammfächer sind nicht die Friedensfreunde, sondern die rückwärtslenkenden Kriegsheher, die unser Land der Gefahr der Erschöpfung und der endgültigen Niederlage aussetzen! Schließlich verlangt er, daß die französische Regierung ihre Friedensbedingungen veröffentlichte, falls diese gerecht seien und Deutschland sie verwerfe, dann würde das französische Proletariat mit Verzeihung den Krieg fortsetzen. — Jouhaux sagte, er sei Pazifist und lehne die Haltung der Mehrheit ab; er wünsche einen Frieden auf Grund des Zimmerwalder Programms. — Merxheim verlas vorerst einen Brief des Verwaltungsausschusses der Metallarbeiter, der die Haltung der Führer des französischen Gewerkschaftsbundes seit Kriegsausbruch als nicht vereinbar mit den früher anerkannten Grundsätzen erklärt; die Metallarbeiter tadeln die Zusammenarbeit des Gewerkschaftsbundes mit der Regierung und sie sind unzufrieden mit der Entscheidung der Führer gegenüber den Volksgewaltigen. Merxheim führte dann aus: „Die Mißstimmung, die gegenwärtig in Frankreich herrscht, ist meines Erachtens die Folge der Abzahlung des Gewerkschaftsbundes. Die alliierten Regierungen wählen jetzt an den

Unterhandlungen in West-Bitowl

teilnehmen. Es ist bedauerlich, daß Genosse Jouhaux sich in seinem Bericht mit dieser Frage gar nicht beschäftigt hat. Ich bleibe bei meinen Auffassungen, daß alle Regierungen gleichmäßig am Kriegescheitern seien und daß die Völker gleichmäßig für den Krieg nicht verantwortlich gemacht werden können. Die einzig richtige Stellungnahme für uns ist, sich mit den Kinderkriemern zu verständigen. Unsere Friedenskonferenz kann nur ein internationaler Kongress sein, auf dem die Vertreter der Arbeiter aller Länder anwesend sind.“

Tilmans, der belgische Delegierte, fragte, wie Merxheim über die Schadloshaltung Belgiens und Serbiens denke.

Merxheim antwortete: „Man darf die Last der Wiedergutmachung der Kriegsschäden nicht einem einzigen Volke aufbürden, sie muß von allen Kriegführenden Ländern getragen werden, auch die Deutschen haben in Opreuren Schäden er-

Königliches Schauspielhaus.

Der tolle Gast. Lustspiel von Rudolf Nieth.

Eine unterhaltliche Silvestergabe war dieses Stüchlein eines jungen Schauspielers nicht. Auf dem Theaterzettel führte es den verheißungsvollen Rebenittel: „Eine ergötzliche Komödie aus der alten guten Zeit“, doch ließ die Handlung leider beides, die Ergötzlichkeit wie das großartigerische Stimmungsfolorit gleichmäßig vermissen, so viel Sorgfalt die Regie auch auf Schtheit der Kostüme und des Interieurs gewandt hatte. Was der Verfasser in Anknüpfung an eine biblische Erzählung bietet, rangiert in jenes weite Vossereich, das „nie und nimmer sich begeben“ und so natürlich auch durch geistliche Zurückhaltung seinen Schein von Menschenmöglicheit gewinnen kann.

Die Silvesterabend eines kleinen Städtchens werden durch die gräfliche Erinnerung an eine ausgerechnet zwei Jahrhunderte alte lokale Spulgeschichte getrübt, nach welcher damals ein rätselhafter Fremder, der tolle Gast, drei Jungfern, die er belohnte, das Genid umgedreht haben soll. Was liegt da näher, als daß der aufgeweckte junge Liebhaber der Liebsten eigensinnigen Papa, der einen reichen Jüngling aus der Hauptstadt dem Töchterchen beschreiben hat und dessen Antrittsbesuche beim Silvesterabend erwartet, einzutreten sucht, der Herr, der da erscheinen werde, sei eine Neuauflage des nach Wiederholung seiner Bluttat lechenden Gespensches. Er schilderte die unheimlichen Begebenheiten von Anno dasumal vor der zum Fest versammelten Gesellschaft mit dem Erfolg, daß die Herrschaften, als der Heiratskandidat blaß und schwarz gesehelt eintritt, vor Schrecken auseinanderstieben. In diesem Stille, der durch dieltantische Gemaltsamkeiten, Komödiantenkomik zu erziehen hofft, geht es programmgemäß dann weiter. Als Väter gittern für das Leben ihrer Töchter, der Jungfrauenverein schickt an den Unhold eine Deputation, die ihn, zur Wiederherstellung der Ruhe, um schnelle Abreise bitten soll. Selbst der Bürgermeister wird mobil gemacht. Bis endlich der Gefürchtete nach einer Weichte des Mibalsen und einer freundschaftlichen Anieporzel mit ihm das Feld räumt. Die Herren de Vogt, Chrie, Sachs, Bedebur, Diensfeldt wie die Damen Suffin und Reiser letzten ihre Kräfte für die untanbaren Rollen ein.

Ins neue Jahr mit Beethovens „Neunter“!

Konzert der Freien Volksbühnen.

Zu keiner Zeit als der gegenwärtigen konnte Beethovens „Neunter“ in dieser Beziehung, in sprechendere symbolische Bedeutung treten. Ihre Aufführung gerade am gestrigen Neujahrstage mußte als mächtiger Friedensruf empfunden werden, zumal aus einer vorwiegend aus Arbeitern zusammengesetzten und auch meist zugleich dem Verband der Freien Volksbühnen angehörenden Hörerschaft.

Dieser außerordentlichen Bedeutung war sich Siegmund von Haussegger bewußt, indem er der von ihm geleiteten Aufführung ein beziehungsreiches Flugblatt voranschickte. Die das vortelste Mal — noch in Friedenszeiten — waren das berühmte Philharmonische Orchester und der Berliner Solschor auch jetzt die beiden künstlerischen Träger der Veranstaltung. Ihnen gestellten sich für die Soloparts die Damen Elisabeth Schumann (Sopran) und Ottilie Wegner-Sattermann (Alt) und die Herren Rudolf Laubenthal (Tenor) und Wolfgang Rosenthal (Bass). Die Wirkung muß als eine ganz gewaltige bezeichnet werden. Immer wieder brachen spontane Beifallsstürme am Schlusse hervor. Schiller-Beethovens Volksauf: „Seid umschlungen Millionen! Dieser Ruh der ganzen Welt!“ wiederhallte in jeder Brust — es war eine würdige Huldigung vor dem Genius Beethovens, des großen Republikaners.

Nicht immer war das so. Jahrzehntelang wurde das Werk mißverstanden. Nicht bloß deshalb, weil der Chorgesang viel zu wenig entoidelt war, um die ihm hier im Schluschor der „Neunter“ gestellte große-künstlerische Aufgabe auch nur halbwegs befriedigend zu vollbringen. Es kam daher nur das eigentliche Instrumentalwerk ohne die Freudenkantate zur Aufführung. Aber selbst die wenigsten Orchester-Dirigenten hatten eine mehr als oberflächliche Auffassung von dem Geist und der Melodie dieser Beethovenischen Musik. Erst den Deutungen und praktischen Hinweisen Richard Wagners ist der Umschwung zum Besseren, ja zur durchaus vollendeten Wiedergabe — wie gestern geschehen ist — zuzuschreiben. Mittlerweile konnte das Werk aber auch beim Publikum tieferes Versehen finden, weil dieses immerhin den Banden kleindürgerlicher Begriffs- und Gefühlswelt von ehemals entwachsen war; und vollends vermochte Beethoven vom sozialistischen Arbeitervolk verstanden werden.

Eine Bemerkung jedoch scheint am Platze. Warum singt man nicht den Vers „Seine Hauber binden wieder, was die Mode streng geteilt“ in der ursprünglichen Beethovenischen Fassung? Da heißt es — in der Partitur der Schottischen Original — nicht der späteren Hirtischen Gesamtausgabe — „froh“ geteilt! Dieser Ausdruck — und nicht jener konventionelle, obendrein ungeschliche, entspräche nach der vorhergehenden unerhörten Steigerung der dichterischen „Begeisterung“ — mit Wagners Wort — dem gütrend-dramatischen Ausdruck, den eben Beethoven gewählt.

Tabakersah im Felde.

In dieser Zeit, wo es nur noch Ersatzstoffe gibt, wo man ertraunt ist, wenn eine Ware auf den Markt kommt, die nicht aus Ersatzstoffen besteht, finden wir es ganz natürlich, daß auch für den Tabak jetzt endlich Ersatzstoffe gefunden sind, die mit obrigelichteter Genehmigung in den Handel kommen und dem Tabak beigemischt werden dürfen — was früher nur heimlich geschah — und den Genuß des Rauchens befriedigen müssen, wenn dann von Genuß überhaupt noch gesprochen werden darf.

Schon lange, ehe wir in der Heimat an Ersatzstoffe des Tabaks dachten, mußte der Feldschatz zu ihnen greifen. Treten außer-gewöhnliche Fälle ein, daß z. B. die Gaben der Lieben aus der Heimat nicht herankommen, da die Wagone die Truppe nicht erreicht oder letztere längere Zeit nicht in Ortschaften gelangt, in denen das Fehlende ergänzt werden kann, so ist die Zeit für alle diejenigen, die das Rauchen nicht entbehren können und wollen, schürr.

Namigliche Stoffe müssen dann dazu dienen, den Tabak zu ersetzen. Vor allem sind es die Rippen der trockenen Gräser oder die röllchen Fruchtstände des trockenen Souerampfers, die geräucht werden, also ein Tabakersah, den bei uns zu Lande nur die Dorjungen verwenden. Rosenblätter, Weidellaub, Labendelblüten usw. werden ja auch unter gewöhnlichen Verhältnissen geräucht, jedoch nur als Zusatz zum Tabak, um dessen Wohlgeschmack und Wohlgeruch zu erhöhen.

Vollständig neu und in diesem Kriege wohl zum ersten Male ist es, daß — Tee geräucht wird, schwarzer Tee, den wir sonst nur zu trinken pflegen, und der besonders in Rußland in geräuchter Menge zur Verfügung steht. Er ist von ziemlich strengem Geschmack, deshalb lomen sinnige Röhle auf den Gedanken, jenen Tee, von dem bereits ein Abzug genommen wurde, zu trocknen und dann zu rauchen. Wirklich hat dieser „Tabak“ einen milden Geschmack und wird daher von vielen Rauchern als Ersatz für richtigen Tabak verwendet.

Dies zeigt sich so recht klar, welche Mittel und Wege der Mensch erfindet, um einem ihm lieb gewordenen „Laster“ frönen zu können, obwohl eine starke Natur dazu gehöhrt, diese Ersatzstoffe des Tabaks zu vertagen.

Notizen.

— Deutsches-französisches Verbrüderung 70/71
Der Krieg hat Annäherungen und Verbrüderungen zwischen den Soldaten miteinander im Felde liegender Gegner mehrfach mit sich gebracht, im größten Maßstabe dieses Jahr im Osten zu Beginn der russischen Revolution. So unerlaubt und ungewöhnlich sie militärisch oft sind, so entspringen sie doch dem gemeinsamen Leiden der Soldaten unter dem Kriege. Gemeinam sind ihnen Not und Tod, schwere Arbeit, Entsehung von der Heimat und menschenwürdiger Lebensweise, das Hausen in Erdlöchern, Katten und Käue. — Auch 70/71 fehlte es daher an derartigen Annäherungen der feindlichen Soldaten nicht, aber erklärlicherweise nicht während der großen Bewegungsschlachten zu Beginn des Krieges, wohl aber wie heute im Stellungskrieg, vor dem belagerten Paris. Der General Verdy du Vernois, der spätere preussische Kriegsminister, gibt in seinen persönlichen Erinnerungen an den Krieg 1870—71 („Deutsche Rundschau“, Oktober 1895) folgende Tagesbuchbemerkung: „Versailles, den 12. 1. 71: Unsere Leute sind zu gutmütig, wie beispielsweise folgender Fall beweist: Nicht vor den Vorposten wird ein großer Weinkelser entdeckt. Die zunächst befindlichen Truppen räumen seinen Inhalt auf; aber das Lager ist so groß, daß sie es nicht vollständig leeren können? Was geschieht? Sie winken den französischen Vorposten; diese legen die Gewehre zusammen, kommen heran und schleppen den Rest des Weines fort, den unsere Leute ihnen überdies noch aus dem Keller heransholten. Zum Egelator passen unsere Leute nicht.“

litten." (Großer Beifall bei den Winderheiteren.) Bérta hält die Ausführungen Herrheims für durchaus richtig. Die Arbeiterklasse habe nur einen Feind: Das Kapital. Er stelle sich vollständig auf den Standpunkt des Klassenkampfes. Der wirkliche Streit werde nicht zwischen Nationen ausgefochten, sondern zwischen den Klassen. (Starke Unterbrechungen.) Die einzigen praktischen Sozialisten seien Lenin und Trotzki; sie rebelen nicht viel, sondern handelten entschlossen, wie dies die Lage verlangte. Er entwirft ihnen die herglichenen Schritte. Sabotage verteidigt die Faltung des Gewerkschaftsbundes. Deutschland habe noch bis heute seine Kriegsziele nicht veröffentlicht. Die Bolschewiki würden noch so manche Enttäuschung erleben, denn die Deutschen gingen auf Eroberungen aus, sie strebten nach der wirtschaftlichen Beherrschung Belgiens und nach der Einkreisung von Orien. Die Führer des französischen Gewerkschaftsbundes konnten keine andere Haltung einnehmen. (Großer Beifall.) Dumas wirft Herrheim vor, daß er bestrebt sei, Deutschland zu entschuldigen; seit Kriegsausbruch sei die ganze Tätigkeit Herrheims gegen Frankreich gerichtet gewesen. Wir seien nicht berechtigt, unsere Grüße an Lenin zu senden, denn die französischen Soldaten würden das Opfer des russischen Waffenstillstandes sein. Die Lage sei ernst. Spaltungen unter den Militärs könnten den Sieg Deutschlands herbeiführen. Bourderon ergriff dann das Wort und sagte die Führer des Gewerkschaftsbundes an, daß sie sich auf den nationalsozialistischen Standpunkt gestellt haben. Joubert sei um kein Jota besser als Lenin in Deutschland. (Große Unruhe und fortgesetzte Unterbrechungen.) Nach Wiederherstellung der Ruhe setzte Bourderon seine Rede fort und sagte: Ich kann nicht umhin, den Latein Lenins und Trotzki's meine Bewunderung zu zollen. Dies sind großherzige und vollkommen aufrichtige Männer; sie wissen, daß die Völker überall die Opfer ihrer Regierungen sind. Die Stellungnahme der Mehrheit des Gewerkschaftsbundes gegenüber der Entwicklung der russischen Revolution ist einfach unverantwortlich. Die Konferenz sollte eine Entschädigung annehmen, die den unterschütterlichen Willen ausspricht, einen internationalen Arbeiterkongress zu erhalten.

Nachdem noch mehrere Redner beider Richtungen über die Friedensfrage gesprochen hatten, einigte sich die Konferenz, einen Ausschuss von Vertretern beider Richtungen einzusetzen, um eine Entschädigung zu entwerfen, die wir an einem der nächsten Tage veröffentlichen werden.

Die Kämpfe im Tombagebiet.

Italienischer Heeresbericht vom 31. Dezember. Gestern griffen französische Truppen im Monte Tombagebiet nach ausgiebiger Artillerievorbereitung, die am vorhergehenden Tage begonnen und in den ersten Morgenstunden verstärkt wurde, in glänzendem Scharmützel die feindlichen Linien zwischen der Osteria di Ronfenera und Navazina an. Trotz erbitterter feindlicher Widerstands richteten sich unsere tapferen Verbände in den eroberten Stellungen fest ein. Sie nahmen 44 Offiziere und 1348 Mann gefangen und erbeuteten 60 Maschinengewehre, 7 Geschütze, mehrere Schützengraben-Schnellfeuergeschütze und sonstiges reichliches Kriegsmaterial. Englische und italienische Batterien und Flieger arbeiteten wirksam mit.

Italienischer Kriegsrat.

Rom, 1. Januar. (Stefani.) Ein Erlass setzt einen Kriegsrat ein zur Beratung der Fragen, bei denen die Zuständigkeit der Zivilbehörden sich mit der höheren Militär- und Marinestellen berührt. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus den Ministern des Innern, des Schatzes, des Krieges, der Marine und der Rüstungsangelegenheiten. Den Vorsitz führt der Ministerpräsident, der außerdem einen weiteren Minister zum Mitglied des Ausschusses ernennen kann. Die Chefs des Generalstabes und des Admiralstabes nehmen an den Verhandlungen des Ausschusses mit beratender Stimme teil. Der Ausschuss vermindert keineswegs die Befugnisse des Kabinetts, das vom Ministerpräsidenten mit den Entscheidungen des Ausschusses bekannt gemacht wird.

Rom, 1. Januar. (Werbung der Agenzia Stefani.) Der Senat, der seit dem 28. Dezember in geheimer Sitzung tagte, nahm am 31. Dezember die öffentliche Erörterung der Regierungserklärungen wieder auf.

Kämpfe in Palästina.

Englischer Heeresbericht aus Palästina vom 31. Dezember. Gestern besetzten unsere Truppen Beitin (Westlich, zwei Meilen nördlich von Bira), El Balua (eine Meile nördlich von der Straße nach Babilus), Nah el Buri (eine Meile westlich von Balua), Namah und Koutelzer (sechs bzw. sieben Meilen nördlich von Bira). Im Küstenabschnitt der Linie erreichte eine Patrouille Kalkh (zwei Meilen östlich von Jaffa). Sie fand dort eine feindliche Artilleriemunitionsniederlage und zerstörte sie. Neuerliche Berichte zeigen, daß die Internierungen vom 28. und 29. Dezember zu einer ernstlichen Niederlage des Feindes geführt haben. Es hat den Anschein, daß er am 27. mit deutscher Unterstützung einen entschlossenen Versuch machte, Jerusalem wieder zu nehmen. Seine Angriffe wurden mit Wucht gestoppt und bewerteten vom 28. bis zum 27. 26 Stunden lang. General Allenby richtete zugleich einen Gegenangriff gegen den westlichen Flügel der türkischen Angriffstruppen. Am 27. schritt dieser Angriff 2 1/2 Meilen vorwärts, trotz aller Schwierigkeiten des Geländes. Die Engländer rückten an der Straße nach Nablus nach und trieben den Feind vor sich her zurück. Am Morgen des 29. sicherte General Allenby die Linie Gurbas-Kasfel-Lakunah-Rom Allah-et Arab - Wabi el Kef. So ist das Ergebnis des türkischen Angriffs zur Wiedereroberung Jerusalems, daß wir in vordemwestlicher Richtung vier Meilen Boden gewonnen und jetzt vier feste Stellungen zwischen dem Feinde und Jerusalem an Stelle der einen haben. Die Türken erlitten schwere Verluste an Toten und Verwundeten. Die Toten allein wurden auf etwa tausend geschätzt. Dieser wurden sechshundert Gefangene und zwanzig Maschinengewehre gezählt.

Volkvertretungen heraus!

Wien, 1. Januar. Der Obmann des Reichsverbandes, Abgeordneter Vanez, verlangt in einem Schreiben an den Präses die Einkreisung des Abgeordnetenhauses für die nächsten Tage. Er kündigt mehrere Anträge in bezug auf die Verhandlungen in Brsch-Bitow an.

Die neue ungarische Regierungspartei.

Budapest, 31. Dezember. (Werbung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Büros.) Ministerpräsident Bekerle hat jetzt auch die Zustimmung des Königs für das bis ins einzelne festgelegte Programm einer einheitlichen Regierungspartei erhalten. So ein Hauptpunkt dieses Programms die wenigstens teilweise Errichtung eines selbständigen ungarischen Heeres ist, wird durch diese Zustimmung des Königs einer der dringlichsten nationalen ungarischen Wünsche befriedigt. Die Gründung der neuen Partei soll erst Mitte Januar erfolgen.

Der Ministerpräsident beachtet jedoch nicht nur eine Vereinfachung der jetzigen Regierungspartei, sondern die Gründung einer ganz neuen Partei, an der nicht die bisherigen Parteien als solche, sondern ihre Mitglieder unter Aufgabehilfen alter Programme teilnehmen sollen. Bekerle scheint bei dieser Parteigründung vor allem mit der Notwendigkeit einer Reichstagsauflösung zu rechnen, dann soll die neue Partei völlig einheitlich in die Wahlen gehen, so daß die Meinungsverschiedenheiten und der Wettbewerb zwischen den jetzigen Parteigruppierungen fortfallen. Sowohl auf dem linken Flügel der Regierungspartei, als bei der Partei der nationalen Arbeit sieht man Bekerles Bemühungen nach wie vor sehr skeptisch an.

Budapest, 31. Dezember. Die Ungarische und die Oesterreichische Delegation treten auf Einladung der Kriegsverwaltung am 2. Januar eine vierstägige Studienreise in die besetzten Gebiete an, um an Ort und Stelle von den Verhältnissen dieser Länder Kenntnis zu nehmen. Die Reise geht zunächst nach Belgrad.

Kleine Kriegsnachrichten.

Polnische Freiwillige aus Amerika. Genf, 30. Dezember. Nach einer Habasmeldung aus Bordeaux ist die erste amerikanische Abteilung polnischer Freiwilliger heute dort eingetroffen und von dem Stellvertretenden Kommandierenden General, den Behörden, und der Pariser Vertretung der selbstständigen polnischen Armee unter Oberstleutnant Kolliejowski empfangen worden.

Verfening eines spanischen Erdampfers. Rotterdam, 31. Dezember. „Maasbode“ meldet: Der spanische Dampfer Andri Mendt ist mit einer für England bestimmten Ladung von 3600 Tonnen Erz gesunken.

Englische Staatsmänner in Paris. Paris, 1. Januar. (Habas.) Donar Law und Chamberlain sind gestern abend hier eingetroffen.

Englischer Minensucher und Schulschiff torpediert. Amsterdam, 1. Januar. Die englische Admiralität macht bekannt, daß die als Minensucher eingerichtete Schulschiffe Arbutus torpediert worden und gesunken ist. Als der Angriff stattfand, war das Wetter sehr ungünstig. Der Kommandant, ein anderer Offizier und sieben Mann werden vermißt. Das Schulschiff Grive ist gleichfalls torpediert worden und gesunken.

Suderation in England. London, 1. Januar. Amtlich. Die wöchentliche Suder-Nachfrage wurde auf 4 Pfund (227 Gramm) festgesetzt.

Konferenz bei Kühlmann.

Die Sozialdemokraten fordern schnellste Verufung des Reichstags.

Beim Staatssekretär des Auswärtigen, Hr. v. Kühlmann, fand am Neujahrstag eine Konferenz der Fraktionsführer statt, bei der die Sozialdemokraten durch Scheidemann und Ebert, die Unabhängigen durch Haase vertreten waren. Die Konferenz, die einen vertraulichen Charakter trug, war dadurch notwendig geworden, daß Herr von Kühlmann schon heute abends nach Brsch-Bitow abreisen muß. Er kann also nicht in der Sitzung des Hauptausschusses am 3. Januar anwesend sein, zu der man den Reichskanzler erwartet.

In der gestrigen Besprechung stellten die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Genossen Ebert und Scheidemann, die entschiedene Forderung, daß der Reichstag so rasch wie möglich einberufen werde. Es ist zu erwarten, daß diese Forderung bei den morgen beginnenden Verhandlungen des Hauptausschusses eine Rolle spielen wird. Vor Beginn dieser Verhandlungen tritt um 10 Uhr vormittags die sozialdemokratische Fraktion zu einer Sitzung zusammen.

Vom alldeutschen Fregoli.

Der alldeutschen Roskengardrobe, die einige wenige Statisten in immer neuen Verkleidungen auf die Bühne wirft, damit sie als ungezählte Massen wirken, entwandert ein neues Einleitungsprodukt: der „Freie Ausschuss für einen deutschen Arbeiterfrieden“. Da Bisherigkeit noch nie die starke Seite der Alldeutschen gewesen ist, erklärt er selbstbewußt, im Namen von Dreimalhunderttausend zu reden (Wort der Herr hat sie gezählt). Die Hauptfrage dieses angeblichen Arbeiterausschusses bildet zurzeit die Furcht, daß es im Osten zum Frieden kommen könnte. Diese alldeutsche Friedensscheu beruht auf „mit Entrüstung“ gegen die von deutscher Seite in Brsch-Bitow aufgestellten Friedensbedingungen zu protestieren. In diesen Bedingungen liegt der vollständige Verzicht auf den deutschen Sieg. Vor dem russischen Ueberfall auf die friedlichen deutschen Grenzen, vor den russischen Greueln in Ostpreußen kapituliert Deutschland wie ein besiegtes Volk.“ In dieser Tonart fort.

Die alldeutsche Presse hatte bei Gelegenheit der Nahrungsmitteldebatten immer behauptet, es gäbe in Deutschland eine Sorte übermühter, verdoersorgter, behäbiger Schwarzarbeiter, die es sich auf Kosten der Gesamtheit gut ergehen ließen und die allgemeine Not verhöhnten. Wir haben das bestritten, denn uns sind solche Arbeiter bisher nicht bekannt geworden. Jetzt löst sich das Rätsel. Offenbar zielt die alldeutsche Presse auf die ihr ja allein bekannten Ausharbeiter des „Ausschusses für einen deutschen Arbeiterfrieden“. Nach den Schilderungen, welche die alldeutsche Presse von ihren Schülern entwirft, kann es allerdings nicht wunder nehmen, daß diese sich für unbeschränkte Kriegsverlängerung begeistern.

Fürst zu Salm-Horstmar gegen Landes-Verteidigung.

Die Drohung des alldeutschen Professor Koethe, daß er nicht mehr mitmache, wenn die Regierung auf die alldeutschen Kriegsziele verzichte, erfährt eine Neuauflage. Der Herrenhäuser und Ritter des Abmonitorenordens Fürst zu Salm-Horstmar schreibt in einer alldeutschen Korrespondenz:

„Ich denn überhaupt noch damit zu rechnen, daß unser herrliches Volk weiter kämpfen wird, wenn es erleben muß, daß alle Opfer vergeblich gebracht und alle Zukunftshoffnungen begraben sind.“

Der Fürst zu Salm-Horstmar hätte alle Ursache, seinen Namen nicht in die Öffentlichkeit zu stellen. Denn sobald er den Mund aufthut, muß man ihn pflichtgemäß an seine Prohezeiung von August 1917 erinnern. Damals erklärte der Fürst: Nur noch wenige Monate, und unsere Feinde liegen zerstückelt vor uns auf den Ruinen.“ Ein Mann, der so daneben prophezeit, hätte allen Grund beschämt zu schweigen.

Die Diktatur des Stammtisches.

Die Ortsgruppe Duisburg der „Deutschvölkischen Partei“ hat nachfolgende Telegramme zur Ablendung gebracht:

1. An Reichskanzler Graf Hertling, Czölling, Berlin. Wir erheben hiermit Einspruch gegen die deutsche Verzichtspolitik in Brsch-Bitow, welche die ganze deutsche Zukunft zu begraben droht und verlangen mit dem Rechte besorgter Vaterlandskameraden, daß das Streben des Staatschiffes unverzüglich herumgeworfen werde. So kann und darf es nicht weitergehen!

2. An Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Czölling, Großes Hauptquartier.

Die Diplomatenkünfte von Brsch-Bitow drohen Land und Volk ins Verderben zu führen. Wir beschwören E. M. Czölling, alle Widerstände zu brechen und auch in dieser schwersten Schicksalsstunde Deutschlands Reiter zu sein.

Hindenburg wird nun wohl nichts anderes übrig bleiben, als auf Berlin zu marschieren, die Minister gefangen zu nehmen und die Ortsgruppe Duisburg der „Deutschvölkischen Partei“ als Regierung einzusetzen. Rußland hat die Diktatur des Proletariats. Es lebe die Diktatur des Stammtisches!

Behördliche Anweisung zur Umgehung der Kartoffelhöchstpreise.

Ueber die Frage der Kartoffellieferung geht der „Mecklenburgischen Zeitung“ von behördlicher Seite eine außerordentlich beachtenswerte Darstellung zu, der wir folgendes entnehmen:

Eine Verfrachtung von Kartoffeln, mit Annahme der Kranken und unter 1,72 Zentimeter großen, ist leider (es heißt wirklich „leider“! Red. d. B.) nach wie vor verboten. ... Der gesetzliche Höchstpreis beträgt seit dem 15. Dezember 6 M. für den Zentner, da die bisherige Samenleistungsprämie von 50 Pf. und die Ausfuhrvergütung weggefallen sind, so daß der Preis seit dem 15. Dezember etwa um 70-80 Pf. gesunken ist. In einer Heraussetzung des Preises gegen den Frühling hin ist nach Anweisungen der Reichsbehörden gar keine Aussicht. Der Erzeuger hat also die Kosten der Aufbewahrung und den Schwund der Kartoffeln bis in den Frühling und Sommer hinein selbst zu tragen.

Es gibt nun aber ein Mittel für den Landwirt, den Wegfall der Prämien auszugleichen. Wenn nämlich der Landwirt mit seiner Kreisbehörde einen Aufbewahrungsvertrag schließt, so werden ihm für die vertragmäßig aufzubewahrenden Kartoffeln bei erfolgter Ablieferung Zuschläge zum Höchstpreise gezahlt, welche die weggefallenen Prämien (50 Pf. Samenleistungsprämie und 5 Pf. Kilometergeld, zusammen durchschnittlich 70 bis 80 Pf.) reichlich aufwiegen. So wird zum Beispiel für solche Vertragskartoffeln von der Kreisbehörde zu Schwerin bei Abgabe von vertragmäßig gelagerten Kartoffeln für den Zentner ein Zuschlag gezahlt, welcher sich bei den für Hamburg gelieferten Kartoffeln beläuft: auf 1 M., wenn bis zum 15. März 1918 abgeliefert wird; auf 1 M. 20 Pf., wenn bis zum 15. April 1918 abgeliefert wird; auf 1 M. 50 Pf., wenn nach dem 15. April 1918 geliefert wird. Diese Beträge stellen ein reines Verdienst des vertragsschließenden Landwirts dar, der ja auch ohne Vertragsabschluss zu den gleichen Leistungen (pflanzliche Verwahrung und jederzeitige Ablieferung) schon nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet ist. Außer diesem Vorteil wird demjenigen Landwirt, der die Lagerung einer bestimmten Menge von Kartoffeln vertragmäßig übernimmt, die Erlaubnis in Aussicht gestellt, Kartoffeln über das bisher erlaubte Maß hinaus zu verfrachten oder sonst zu verbrauchen, während sonst nach den bestimmten Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes nicht mit einer allgemeinen Verfrachtungserlaubnis zu rechnen ist.

Die Schnellleistungsprämie wurde ihrerzeit eingeführt, als angeblich im Interesse der Verbraucher liegend, da hierdurch die rechtzeitige Versorgung mit Kartoffeln gesichert werden würde. Es wurde dabei ausdrücklich betont, daß nach dem 15. Dezember auf keinen Fall der erhöhte Preis gezahlt werden würde. Jetzt erfinden die Mecklenburger Behörden ein Mittel, um den Landwirten, die — ganz gleich aus welchem Grunde — die rechtzeitige Anlieferung von Kartoffeln unterlassen haben, auf anderem Wege die weggefallene Prämie auszugleichen. Man muß wirklich staunen, mit welcher Offenheit hier eine Behörde eine ganz glatte Höchstpreisumgehung einführt. Was sagt Herr v. Waldow dazu? Ist er der Ansicht, daß ähnliches wie das, was er als Oberpräsident von Pommern stillschweigend gebuldet hat, auch dem benachbarten Lande des Dönsenkopfes billig sein müsse?!

Letzte Nachrichten.

Poincaré will bis zum Ende kämpfen.

Genf, 31. Dezember. Nach einer Habasmeldung hat Präsident Poincaré auf eine Glückwunschdröhung des Königs der Belgier geantwortet, daß Frankreich entschlossen sei, bis zum Endtag zu kämpfen. Dem König von Italien hat der Präsident im gleichen Sinne geantwortet.

Austausch Internierter mit Rumänien.

Budapest, 31. Dezember. (Werbung des Wiener N. N. Korrespondenz-Büros.) Zwischen dem 18. und 27. Dezember fand bei Marafesti hinter den Schützengraben der Mittelmächte der angekündigte Austausch österreichischer, ungarischer, deutscher und rumänischer Internierter statt. Aus der Moldau trafen in der angegebenen Zeit 5 Transporte mit 464 Oesterreichern und Ungarn, darunter 6000 Frauen und Kindern, ferner 520 Deutsche ein. Für die Uebernahme waren alle Vorfragen geteilt. Die Internierten trafen in Marafesti im großen und ganzen in befriedigender Verfassung ein. Von den aus der Monarchie auszutauschenden rumänischen Internierten haben von dem Rechte, nach der Moldau zu gehen, nur 115 Gebrauch gemacht. Die in Bulgarien interniert gewesenen Rumänen sind in ihre Heimat zurückgekehrt.

Nord oder Gasvergiftung?

Ein Leichenfund unter verdächtigen Umständen rief am Sonntagabend im Norden der Stadt das Gerücht von einem Mord hervor. Ob es begründet ist, läßt sich noch nicht sagen. In der Philippstraße 13a bewohnte die unberechtere Stols mit ihrem Bruder, einem Kellner, im zweiten Stock des Quergebäudes eine Stube mit Küche. Aus diesen Räumen nahmen Hausgenossen gestern abend einen starken Gasgeruch wahr. Zugleich fanden sie eine Füllung der Eingangstür eingedrückt. Der Hausverwalter und Polizeibeamte, die eindringen, fanden beide Räume mit Gas gefüllt und sahen, nachdem sie die Fenster geöffnet hatten, die Wohnungsinwohner in ihrer Stube in den letzten Augen liegen. Ein Arzt, der gerufen wurde, konnte nur noch ihren Tod feststellen. Wiederbelebungsbemühungen blieben ohne Erfolg. In der Stube sah es müßig aus. Möbel, Stühle, Tisch und Teppich fanden und lagen durcheinander, als ob ein heftiger Kampf zwischen Fräulein Stols und einer anderen Person stattgefunden hat. Medizinalrat Dr. Schwirmer stellte den Tod durch Gasvergiftung fest. Die Leiche wurde beschlagnahmt und soll heute im Schaulause obduziert werden. Es ist möglich, daß die Tote das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

Kirchensteuer und Kirchenaustritt.

Die vielfachen Anfragen über die Kirchensteuerpflicht und die Berechnungen und Wirkungen des Austritts aus der bisherigen Kirche...

Nach den verschiedenen in Preußen geltenden Kirchensteuer-gesetzen - es sind deren nicht weniger denn acht - sind kirchensteuerpflichtig diejenigen, welche der Kirchengemeinde durch ihren Wohnsitz angehören...

Die Veranlagung erfolgt für jedes Rechnungsjahr (1. 4. bis 31. 3.) durch den Gemeindefiskus (Presbiterium, Kirchenkollegium usw.).

Die Erhebung der Kirchensteuer ist durch eine in ordnungsgemäßer Weise zu bewirkende Veröffentlichung der zu erhebenden Prozentsätze bekanntzumachen. Die Aufschlagsbestimmungen sind durch die Bestimmung des Steuerjahres an die Steuerpflichtigen durch besondere beschlossene Mitteilung anzuordnen...

Der evangelische (katholische) Teil einer gemischten Ehe ist bei der Hälfte des der kirchlichen Verteuerung zugrunde liegenden Steuerjahres, zu welchem der Ehemann veranlagt ist, zur Kirchensteuer heranzuziehen. Soweit die Ehefrau zu den Staatssteuern selbständig veranlagt wird, ist der evangelische (katholische) Teil nach Maßgabe seiner Veranlagung zur Kirchensteuer heranzuziehen.

Es ist in Preußen willkürliche Gepflogenheit der Kirchenbehörden gewesen, bei gemischten Ehen den zur Einkommensteuer veranlagten, selbst nicht kirchensteuerpflichtigen Ehegatten auch für die Kirchensteuer der hierzu pflichtigen anderen Ehegatten heranzuziehen. Nach einer am 14. Mai 1912 erlassenen Entscheidung des königlichen Oberverwaltungsgerichts ist ein solches Verfahren nicht zulässig...

Wird die Beschwerde oder der Antrag den Behörden des § 1 Abs. 1 und des § 2 Abs. 1 gegenüber innerhalb der gesetzlichen Frist bei der zur Entscheidung oder Beschlusfassung zuständigen Staatsbehörde angetragen, so gilt die Frist als gewahrt. Gegen die Entscheidungen und Beschlüsse der Staatsbehörden nach §§ 1 und 2 steht binnen einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung beginnenden Frist von zwei Wochen sowohl den Steuerpflichtigen als auch den beteiligten Kirchengemeinden die Klage bei dem Oberverwaltungsgericht zu.

Die Klage kann nur darauf gerichtet werden: 1. daß die angefochtene Entscheidung oder der angefochtene Beschlus auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere auch der bei dem Verfahren innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen beruhe; 2. daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leide.

In der Klage ist anzugeben, worin die behauptete Nichtanwendung oder unrichtige Anwendung des bestehenden Rechts oder worin die behaupteten Mängel des Verfahrens gefunden werden. Durch die Erhebung der Beschwerde oder durch die Stellung des Verfassungsantrags oder durch die Anstellung der Klage wird die Verpflichtung zur Zahlung der Kirchensteuer nicht aufgehoben. Die Staatsbehörde ist befugt, bis zur endgültigen Entscheidung die vorläufige Aussetzung der Vollziehung anzuordnen.

erklärung muß ein hierauf gerichteter Antrag vorausgehen. Der Antrag kann zu Protokoll des Gerichtspräsidenten erklärt oder auch schriftlich dem Amtsgericht eingereicht werden. Nach Ablauf von vier Wochen seit dem Eingang des Antrags beim Amtsgericht und spätestens sechs Wochen seit diesem Zeitpunkt findet dann die Aufnahme der Austrittserklärung zu gerichtlichem Protokoll statt. Diese mindestens vierwöchentliche Frist ist gesetzt, um der Religionsgemeinschaft, der der Antragsteller angehört, die Möglichkeit der Einwirkung auf denselben zu geben.

Auf Verlangen ist dem Ausgetretenen eine Bescheinigung seines Austritts zu erteilen.

Die Austrittserklärung bewirkt, daß der Ausgetretene zu Leistungen, welche auf der persönlichen kirchlichen oder kirchengemeinschaftlichen Zugehörigkeit beruhen, also insbesondere zur Zahlung der Kirchensteuer, nicht mehr verpflichtet ist. Diese Wirkung tritt jedoch erst mit dem Schluß des auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ein. Zu den Kosten eines außerordentlichen Baus, dessen Notwendigkeit vor Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Austritt aus der Kirche erklärt wird, feststeht, ist, hat der Ausgetretene bis zum Ablauf des zweiten Kalenderjahres ebenso wie die Kirchengemeinschaft beizutragen.

Groß-Berlin

Die Überfüllung der Straßenbahnwagen hat längst aufgehört, eine Unbequemlichkeit zu sein, über die man mit Humor hinweggehen könnte. Vom Silvesterabend werden uns zwei Fälle gemeldet, die zum Nachdenken allen Anlaß geben. Eine Frau wird von der überfüllten Plattform in voller Fahrt herabgestoßen und erleidet schwere Verletzungen, im anderen Fall tritt im Kampf um den letzten Platz gar der Revolver in Aktion.

Zu einer Revolvergeschichte kam es in der Silvesternacht bei einem Streit um den Straßenbahnwagen vor dem Hause Müllerstraße 151. Dabei gab ein unbekannter Mann zwei Schüsse ab, die die Frau des Drehers Karl Kühnappel aus der Müllerstraße 151 in den rechten Arm und die rechte Brustseite trafen. Zu gleicher Zeit geriet Kühnappel selbst unter einen Triebwagen der Linie 68, so daß er schwer verletzt mit einem Wagen der Linie 97 nach dem nahegelegenen Paul-Gerhard-Stift und von dort nach dem Birchow-Krankenhaus gebracht werden mußte. Frau Kühnappel wurde nur leicht verletzt. Nachdem sie einen Verband erhalten hatte, konnte sie nach Hause gehen. Der Revolvergeschütze ist noch nicht ermittelt.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle sind Silvester am Potsdamer Platz vorgekommen. Gegen Abend stürzte die 80jährige Arbeiterfrau Helene Zimmer aus der Antonstraße 34 aus einem vollbesetzten Straßenbahnwagen auf Pflaster und zog sich dabei einen schweren Schädelbruch zu. Sie wurde auf der Infirmerie in der Eichhornstraße 5 verbunden und dann nach dem Kronenhaus am Urban gebracht. Der zweite Unfall ereignete sich am 10. Uhr. Angeblich soll die 30jährige Arbeiterfrau Agnes Schwarz aus der Plattenstraße 14 von einem Fahrgast von der Plattform eines vollbesetzten Straßenbahnwagens während der Fahrt hingestürzt sein und dann von einem Auto erfaßt noch eine Strecke mit fortgeschleppt worden sein. Sie erlitt schwere Gesichtsverletzungen.

Erhöhung der Lohnsätze beim Kriegsbeschäftigungsamt. Das Kriegsbeschäftigungsamt des Bundesorts teilt mit, daß vom 1. Januar 1918 ab für die weiteren Kriegsbauer die Lohnsätze für sämtliche Bekleidungsstücke abermals erhöht worden sind. Kriegsbekleidungsstücke bleiben einstweilen gültig. Verschiedentlich hatte es verlautet, daß die Kriegsbekleidungsarbeiten mit dem 1. Januar 1918 ihre Gültigkeit verlieren, weil von da ab ein anderes

Material herangezogen werden sollte. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen, voraussichtlich werden erst am 16. Januar die Kriegsbekleidungsarbeiten in ihrer bisherigen Form außer Gültigkeit treten. Die Gemeinden werden dann entsprechende Bekanntmachungen erlassen.

Als gewerbetätiger Pfandscheinhändler wurde ein fasslicher Feldbauer entlarvt, der mit viel Erfolg seit geraumer Zeit in Berlin, Schöneberg und Charlottenburg mit zwei Helfersbeisern einen besonderen Kniff anwandte. Der „Goldgrube“, in Wirklichkeit ein 26 Jahre alter Walter Fritz Welfe, der nie Soldat gewesen ist, stellte sich irgendwo auf der Straße mit seinen Spießgesellen auf und kaufte ein lebhafte Handelsgeflüster. Die beiden Zivilisten boten dem Soldaten immer mehr, ohne daß Vorübergehende wahrten, was der Gegenstand des Handels war. Der Soldat erklärte dann um so lauter, daß er mit ihnen nie und nimmer wieder ein Geschäft machen werde, weil sie das letzte Mal schon seine Koffage ausgebeutet hätten. Es kamen dann immer Leute hinzu, von denen der eine oder der andere den Soldaten fragte, was er eigentlich zu verkaufen habe. Der „Goldgrube“ zeigte dann einen Pfandschein über ein Schmuckstück seiner Frau und erzählte, die Rat habe ihn getrieben, manches Stück aus seiner Wirtschaft zu verkaufen. Dabei hätten die beiden ihn so geprellt, daß er sich mit ihnen nicht mehr einlassen könne. Sehr sei er vor der Waise an die Front geworfen, auch den Pfandschein noch zu verkaufen. Gar oft fand sich ein teilnehmender Mann, der sich erbot, den Pfandschein zu Geld zu machen. Wenn aber der Erwerber das Pfandschein einlöste, so fand er, daß es viel weniger als die Pfandschulden auf dem Schein wert und er gründlich betrogen war. Der „Goldgrube“ wurde gestern in einem Kaffeehaus in der Dannebergstraße angetroffen, entlarvt und festgenommen. Auf dem Polizeigebäude begegnete er sich bei der Kriminalpolizei mit seinem letzten Opfer, dem er soeben einen Scheck über 1200 M. und 500 M. bares Geld abgeschwindelt hatte. Der Betrogene war höchst erfreut, sein Geld gleich wieder zu bekommen. Es ergab sich, daß er bei dem „Goldgrube“ mit dem Schwindler unter einer Decke hockte. Sie verschafften dem Schieber die viel zu hoch ausgeschütteten Pfandscheine, damit er sie zu Geld mache. Diese Lombardhäuser wurden geschloffen, Welfe nach Kollwitz gebracht.

In eine kostspielige Schlägerei geriet ein hiesiger Kaufmann, nachdem er ein gutes Geschäft gemacht hatte. Mit 110 000 M. in der Tasche, weil der Bankenscheck im Verkehr war, das Geld gleich anzulegen, besuchte er spät abends noch ein Lokal der Ledewelt. Hier kam es einiger „Damen“ wegen zu einem Wortwechsel, der dann in der Friedrichstraße nahe der Rosenthalstraße in eine Schlägerei ausartete. Bis die Polizei kam, gab es hüftige Köpfe und getriebene Kläber. Dann ließ alles auseinander, nur einige wenige Aufseher konnten nach der Woge gebracht werden. Schicksal kam der Kaufmann weg. Ihm wurde in dem Durcheinander die Brieftasche, die den ganzen Ertrag des Geschäftes, 110 000 M. in Devisen und 1000 M. in fünfmarktscheinen, barg, aus der Geldtasche gestohlen. Er leit auf die Wiederbeschaffung der langen schwarzen Tasche aus Saffianleder mit ihrem Inhalt eine Belohnung von 10-20 000 M. aus. Mitteilungen über den Verbleib nimmt der 1. Kriminalreferent beim Polizeipräsidenten Berlin-Mitte entgegen. Unklar blieb auch einem der beteiligten Mädchen. Es hätte nur seinen Pumpen und Pelz, sondern auch seine Schuhe ein, so daß es auf Stürmpfen den Heimweg antreten mußte.

Friedrichsfelde. Verkauf von Brennholz. Die Gemeinde hat einen Kasten trockenem Strohholz abzugeben. Der Kaufpreis beträgt 4,50 M. ab Lager für den Jemmer und ist vorher in Friedrichsfelde an der Gemeindekasse, Schloßstr. 24 in Karlshorst im Einwohner-Verkauf, Dönhofsstr. 34, einzulösen. Die Abgabe des Holzes erfolgt Freitag und Samstag von 11-3 Uhr in Friedrichsfelde auf dem Grundstück Schloßstr. 4, in Karlshorst auf dem Grundstück Dönhofsstr. 51.

Kowalew. Lebensmittel. Am Mittwoch, den 2. Januar 1918, findet auf den Kartenabschnitt 45 der Lebensmittelkarte der Verkauf von Bäckereierzeugnissen statt. Auf den Kartenabschnitt 53 der Lebensmittelkarte findet der Verkauf von Gemüsen statt. Es entfallen auf den Kartenabschnitt 53: 2 Pfund Mohrrüben oder 2 Pfund Weißkohl oder 5 Pfund Kohlraben.

Aus aller Welt.

Tausend Todesopfer des Erdbebens von Guatemala. Aus New York meldet Reuters: Nach einem Telegramm aus San Jose in Guatemala wird die Anzahl der Personen, welche bei dem jüngsten Erdbeben in Guatemala umgekommen sind, auf tausend geschätzt.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Vorwiegend trübe, neblig, bei wenig veränderter Temperatur. Im östlichen Küstengebiet geringe Niederschläge.

Verantwortlich für Politik: Fritz Gutner, Berlin; für den übrigen Teil des Landes: Kurt Grotz, Berlin; für Literatur: Th. Grotz, Berlin. Druck u. Verlag: Schmidt's Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Don Carlos. Donnerstags: Der lah. Leichnam. Kammerspiele. 7 1/2 Uhr: Kinder der Freude. Donnerstags: Kinder der Freude.

Zirkus A. Schumann. Bahnhof Friedrichstraße Anfang 7 1/2 Uhr. Letzte Saison in Berlin. Das einzig dastehende Januar-Programm. 10 Tiger, 10 Rind. Sawade und die übrigen Spezialitäten. Mexiko. Original-Ausstattungs-Pantomime.

Wir kaufen u. s. 15 der Belomint u. s. 23. IX. gebt. 1/2. Sektforke zu 12 s. Weinförke zu 2 u. 2 u. a. l. and. Ent. neue u. gebt. Korke ferret. Zelluloid-, Film-, Hartgummi-, Wachswalzen-, Schallplatten-Abfälle.

Zirkus. Krone auf der Bühne d. Viktoria-Theaters. Kottbuser Str. 6. Tel. Moritzplatz 14814. Tägl. 7 1/2 Uhr. Mittw. Sonnabend, Sonntag 9 1/2 und 7 1/2 Uhr. Tiger, Löwen, 7 Elefanten 7 und der große Spielplan. Vorwärts, Zirkus u. Wagh.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß. Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.). 10r Syphilis, Harn- u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.), Blutuntersuchung, schnelle, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufs-störung. Teilzahlung, 250/115. Sprechst. 11-1 u. 6-8.

Künstl. Zähne 2 Mark. in moderner, jeder gewünschten Ausführung, m. u. ohne Platte, mit echt. Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitungen, Reparaturen sofort. Billige Preise, a. Teil Zahnzahnen in Brill. Gebüh. spez. f. langstliche corr. Patienten. Zahn-Praxis D. A. Löser - Rosenhallerstr. 69, nahe Platz. Po. 50116 zu sprechen 9-7, Sonnt. 10-12. Tel. Nr. 10 438.

Gründliche Behandlung von Nerven-, Nieren-, Lungenleiden, Tuberkulose, Magen- und Darmleiden, Epilepsie, Schlaflosigkeit, Schwächezuständen, Ischias, Rheumatismus, Gicht, Fiechten usw. Dir. Hermanns. Elsassstr. 121, direkt a. d. Friedrichstr. Sprechst. tägl. 10-1 u. 5-9 1/2, Sonnt. 10-1 Uhr.

Harnleiden-Behandlung mit Kieckinat-Katheter. SANABO. In Krankehäusern, Lazaretten und Kliniken im Gebrauch - Schon seit 1870 bewährt auch bei hartnäckigen Fällen. Ohne Berufsstörung. Berlin W. Blowerstr. 12, 11. Sprechst. 12-3 u. 5-8; Sonnt. 11-3. Tel.: Litaw. 906, Nebell. 661. Sprechst. 1 Damen 12-1, 6-8. Prospekt H. Sanitätsrat Dr. Paul Wolf.

Spezialarzt Dr. med. Laubs. während des Krieges grosse Erfolge! Rat zur Verwertung von Erfindungen kostenlos. Norddeutsches Patentbüro, Berlin, Friedrichstr. 9 3-5, Sonntags 11-1. Königsstr. 34/36. Sprechst. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Spezial-Arzt Dr. med. Hasché. Friedrichstr. 90. 5000 Karbidlampen für Küche u. Bad, noch aller Preis 2 80 M. Hansi. Rabott. Sonne Bremen. Adresse aufbewahren! Gruber, Weberstr. 42.

Wie ein Wunder. San-Rat Hanssalbe. jed. Hautausfall, Flechten, Hautjucken, def. Weinschäden, Krampfadern der Frauen u. dergl. Zufolg. erfolgt per Nachnahme in Dosen a. 2,20, 3,50, 6,50. Elefanten-Apothek., Berlin, Leipziger Str. 73 (am Dönhofsplatz).

Automaten-Einrichter Revolver-Einrichter Werkzeug-Dreher. Stellen ein! Spezialkonstruktionen. Steglitz, Birkbuscher Str. 37/39

Botenfrau für den Bestl. Großmuthstraße verlangt. Vorwärts, Seidelmerstr. 1

Tüchtige Mamsells in Hause auf feldene. Nähen lacht. Joseph Meyer, 115/13, Kronenstr. 33.

In Freien Stunden. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Der Bestl. 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, Cendernstr. 3

Möbel jeder Art. sowie ganze Kochtische laut Bedürfnis. Prosch, Reußstr., Steinmetzstr. 4

Busch. Cliss Curran. a. schwankende Phänom. Der verwagene Matrose am pendelnden Mast. 2 Montaldois. equilibrist. Dressur-Akt mit Kakadua, Papageien, Pfauenstaben usw. Außer dem Carl Reinsch auf seinem ungar. Goldfuchsberge Czardasfürst. Runkel-Happos neuestes kom. Intermezzo Revoly u. Mal usw. usw. Zum Schluss: Mondfahrt.